

Basel, 02. Dezember 2009

Diesmal in Reinach:

Schon wieder verschwinden 30 zahlbare Wohnungen.

In Reinach erhielten 30 Mieterinnen und Mieter unter dem Vorwand einer anstehenden Sanierung die Kündigung ihrer Wohnung. Der MV unterstützt die Betroffenen und empfiehlt, diese anzufechten. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kündigungen zurückzuziehen, da auf diese Weise einmal mehr zahlbarer Wohnraum verschwindet.

Vor wenigen Tagen erhielten sämtliche 30 Bewohnerinnen und Bewohner einer Liegenschaft an der Reinacher Römerstrasse die Kündigung ihres Mietverhältnisses. Die Liegenschaftsverwaltung „Wohnplus AG“ aus Zürich teilte den Betroffenen mit, dass sie eine Totalsanierung plane und deswegen allen Mieterinnen und Mietern kündigen müsse.

Der MV kritisiert dieses Vorgehen auf das Schärfste. Es kann nicht angehen, dass unter dem Vorwand einer angeblich anstehenden Sanierung 30 Mietparteien auf die Strasse gestellt werden. Wie viele Beispiele zeigen, sind bei seriöser Planung und unter Einbezug der Betroffenen umfassende Renovationen durchaus auch in bewohnten Häusern möglich. Der MV fordert daher von der Liegenschaftsverwaltung, dass diese Kündigungen zurückgezogen werden. Es soll gemeinsam nach Lösungen gesucht werden, welche den Interessen sämtlicher Beteiligter gerecht werden.

Der Verdacht liegt auf der Hand, dass die Eigentümer in erster Linie die mietrechtlichen Schutzbestimmungen umgehen möchten. Das Mietrecht sieht vor, dass nur ein Anteil einer Investitionssumme als Mehrleistung betrachtet werden kann. Nur dieser Teil kann deshalb zur Begründung einer im Anschluss an eine Sanierung angezeigten Mietzinserhöhung führen. Mit den vorliegenden Leerkündigungen will sich der Eigentümer wohl freie Hand verschaffen und neue und rentablere Mietverträge abschliessen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband hat alle Mieterinnen und Mieter informiert und hat ihnen geraten, diese Kündigung innerhalb von 30 Tagen bei der Schlichtungsstelle in Liestal anzufechten. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Betroffenen im Laufe dieses Verfahrens ihre Rechte wahren können.

Seit Jahren bewegt sich im Baselbiet die Quote der leeren Wohnungen bei einem halben Prozent. Somit kann bei Weitem nicht von einem funktionierenden Wohnungsmarkt gesprochen werden. Speziell aber fehlt es an zahlbarem Wohnraum. Mit dem drohenden Verlust dieser 30 Wohnungen am Reinacher Römerweg verschärft sich das Problem weiter. Der MV erwartet deshalb von der öffentlichen Hand, dass sie sich endlich dieser Probleme annimmt und bereit ist, hier tragfähige Lösungen zu entwickeln.